



# Stoppt den Überwachungsstaat!

(Stand: 23. Mai 2015)

Die Bundesregierung plant die Möglichkeit zur **Einschau in Bankkonten durch die Finanzbehörden ohne richterlichen Beschluss**. Dies stellt nach Rasterfahndung, Lauschangriff und Vorratsdatenspeicherung einen weiteren schockierenden **Höhepunkt auf dem Weg zur willkürlichen und lückenlosen Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat** dar. Das Beispiel unserer deutschen Nachbarn zeigt, dass die Kontoabfragen durch Behörden unter ähnlichen Bedingungen in den Jahren 2005 bis 2014 von 8.700 auf 230.000 Zugriffe – also auf das fast Dreißigfache – gestiegen sind (allein von 2013 bis 2014 um 60%). Gegen eine solche Entwicklung wird NEOS mit allen zu Gebote stehenden Mitteln antreten.

Während der Staat also mitlesen will, was wir mit unserem Geld tun, **weigert er sich selbst trotz milliardenschwerer multipler Organversagen, uns Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Rechenschaft abzulegen**, wie mit unserem Steuergeld umgegangen wird. Von versteckten Landeshaftungen über undurchsichtige Finanzausgleichsverhandlungen bis zum fadenscheinigen Vorwand des Amtsgeheimnisses und geschwärtzten Akten im Hypo-Untersuchungsausschuss reicht das Mittelspektrum der Vertuschung.

Vor dem Hintergrund dieser beiden gegenläufigen Tendenzen wird klar, dass wir einer tragischen Verwechslung entgegenwirken müssen: **Nicht den gläsernen Menschen, sondern den gläsernen Staat brauchen wir!**

- 1. NEOS bekennt sich zum Recht auf Achtung des Privatlebens des/der Einzelnen und zur konsequenten Abwehr des Überwachungsstaats.**
- 2. Privates geht den Staat nichts an. Die Einschau in Bankkonten durch Finanzbehörden hat daher weiterhin nur in Strafverfahren und auf Basis eines richterlichen Beschlusses zu erfolgen.**
- 3. Alle Gebietskörperschaften haben den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ihre Konten offenzulegen (unter entsprechender Anonymisierung bei berechtigtem Interesse hinsichtlich persönlicher Daten, Gehälter etc.).**